

Rede Matthias am 1.9.22

Die grüne Außenministerin Baerbock kündigte bereits zur Jahreswende an, „Putin müsse einen sehr hohen Preis bezahlen. Danach erklärte sie als Ziel der westlichen Sanktionen, Russlands Wirtschaft müsse zerstört werden. Nach über einem halben Jahr Ukraine-Krieg und Sanktionspolitik geht das Sterben in der Ukraine weiter. Russlands Außenhandelsbilanz weist Rekordüberschüsse auf. War der grüne Wirtschaftsminister noch – von Kameras begleitet – zum Betteln um Gas in Katar, um mit ernster Miene zu verkünden, dass auch ihm der Weg schwer falle, äußert er sich jetzt nicht mehr dazu, dass das Geschäft mit Katar geplatzt ist. Norwegen hat bereits erklärt, nicht einspringen zu können. Stattdessen ruft Habeck und die gesamte Bundesregierung zum Sparen auf, da die „Zumutungen“ für die Bevölkerung hoch sein werden. Untergehakt von Olaf Scholz sollen wir auf neue Zeiten des Verzichts vorbereitet werden. Die gesamte Industrie wird in einer noch nicht da gewesenen ideologischen Einheitsfront von Politik und Medien in die Gefahr der schwersten Wirtschaftskrise seit Anfang letzten Jahrhunderts gestürzt. Was dies für den größten Teil der Bevölkerung bedeutet, kann sich jeder ausmalen. Zwischenzeitlich wird in den so gut wie gleichgeschalteten Medien um die beabsichtigte Gasumlage diskutiert, während sich die Energiekonzerne ohnehin bereits die Taschen mit Sondergewinnen auf Kosten der Bevölkerung füllen. Die Energiepreise steigen in astronomische Höhen. Der Gaspreis hat sich im Jahresvergleich bereits jetzt vervielfacht. Dies bedeutet tausende von Euros mehr pro Jahr, während in der Industrie bereits die Produktion eingeschränkt wird, und damit Zigtausende von Arbeitsplätzen drohen abgebaut zu werden.

Die Grünen schämen sich nicht mit dem Slogan zu werben: Wir stehen für Frieden, Abrüstung und kooperative Sicherheit. Katrin Göring Eckhardt erklärt, Die Entbehrungen im kommenden Winter seien nur ein harmloses Vorspiel für den Verzicht, der wegen der Klimakrise drohe. So meint sie die sozialen Verwerfungen relativieren zu können.

Die Bundestagsparteien kennen – wie einst Kaiser Wilhelm 1914 - keine Parteien mehr: Gemeinsam führen sie einen erbitterten Wirtschaftskrieg, der zwar Russlands Kassen füllt, aber der eigenen Bevölkerung Verzicht abverlangt. Für viele ist ein Verzicht gar nicht möglich. Sie werden um das schiere Überleben kämpfen müssen, während die Energiewirtschaft sich die Taschen füllt. Bereits vor Beginn des Wirtschaftskrieges war klar, dass die Sanktionen weder weitere Tote in der Ukraine verhindern, noch Russland deshalb sich wieder zurückziehen wird. Dennoch wird so getan, als sei Putin der Erpresser des Westens, wenn sich Deutschland weigert, kostengünstiges Gas über Nordstream 2 entgegen zu nehmen. Wollte die Regierung Schaden vom größten Teil der Bevölkerung abwenden, müsste sie sofort die bestehenden Möglichkeiten für den Gasbezug wahrnehmen. Uns wird auch noch erklärt, dass der Ölboykott Russland in die Knie zwingt, während wir raffiniertes russisches Öl über Indien zu einem vervielfachten Preis beziehen. Der Wirtschaftskrieg nutzt niemanden außer den Ölmultis und Waffenfabrikanten. Nach einem Bericht der Berliner Zeitung machen US-Unternehmen einen Gewinn von 150 Mio Dollar an einem einzigen mit Flüssiggas beladenen Schiff. Dies deshalb, weil die EU jeden Preis für Gas akzeptiert, der ohnehin von der

Bevölkerung bezahlt werden soll. Zudem sind ärmere Länder nicht mehr in der Lage, mit derartigen Preisen mitzuhalten und werden deshalb vom Energiemarkt ausgeschlossen. Wenn öffentlich nunmehr über Gaspreisdeckel und ähnliches diskutiert wird, anstatt den Grund dieses Desasters zu kritisieren, nämlich die Endsiegträume einer deutschen Regierung, kann nicht das Ende des Krieges befördern. Inzwischen wurden wir durch die deutsche Außenministerin darauf vorbereitet, dass beabsichtigt ist, den Krieg über Jahre hinaus mit schweren Waffen aus Deutschland zu verlängern.

Wenn das AKW in Saporischschja beschossen wird, sollen wir glauben, die Russen beschießen sich selbst und riskieren damit eine Atomkatastrophe unglaublichen Ausmaßes. Das Problem ist nämlich, dass dieser Beschuss – auch beim AKW – mit Waffen durchgeführt wird, die die NATO an Kiew geliefert hat. Das sind zum Beispiel die M777-Haubitzen der USA mit dem NATO-Kaliber 155-Millimeter. Aber diese Details werden im Westen nicht gemeldet, sie würden das gewollte Bild zu sehr stören.

Die Regierung hat bereits gegen die Proteste mobil gemacht. Die Sicherheitsbehörden einschließlich des Verfassungsschutzes wurden bereits in Stellung gebracht. Nancy Faeser erklärt in Interviews „Demokratiefeinde warten nur darauf, Krisen zu missbrauchen, um Untergangphantasien, Angst und Verunsicherung zu verbreiten. Der Verfassungsschutz hat eine neue Zielgruppe ausgemacht, nämlich diejenigen, die mit derartigen Protesten die Legitimität des Staates in Frage stellen und außerhalb der Bundestagsparteien stehen. Getreu dem zitierten Kaiser Wilhelm sind die Kritiker der Kriegspolitik als vaterlandslose Gesellen jetzt Verfassungsfeinde. Nach dieser Lesart ist offensichtlich jeder der sich der Kriegspolitik und dem Wirtschaftskrieg widersetzt, ein Verfassungsfeind und muss von den Sicherheitsbehörden ins Visier genommen werden. Dieser Regierung verweigern wir die Gefolgschaft. Und das sind nicht nur wir hier heute. Nach einer Meldung des Handelsblatts vom gestrigen Tag ergibt sich aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa, dass 77 % der Bundesbürger der Meinung sind, dass der Westen Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges anstoßen sollte. 17 % sind dagegen.

Deshalb

die Waffen nieder

Schluss mit dem Wirtschaftskrieg.